

Medienmitteilung, Bern, 24.1.2024

Verbände der Sozialen Arbeit verurteilen unsozialen UPD-Beschluss

Die schweizweit aktiven Verbände SAGES und AvenirSocial verurteilen den Beschluss der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern (UPD), Stellen beim internen Sozialdienst zu streichen sowie Angebote der sozialen Integration einzustellen, aufs Schärfste. Auch das Zentrum Klinische Sozialarbeit und Vernetzung, welches schweizweit eine Vorreiterrolle im Bereich Klinische Sozialarbeit eingenommen hatte, wird damit zerschlagen. Mit dem UPD-Beschluss wird ignoriert, welche zentrale Rolle die Soziale Arbeit in einer umfassenden Gesundheitsversorgung spielt.

Die UPD hat Anfang Woche kommuniziert, dass der Verwaltungsrat aus Kostengründen beschlossen hat, den internen Sozialdienst zu verkleinern und Projekte der sozialen Teilhabe zu stoppen. SAGES, der Schweizerische Fachverband für gesundheitsbezogene Soziale Arbeit, und AvenirSocial, der Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz, kündigen Widerstand dagegen an. Die beschlossenen Massnahmen zeugen von Kurzsichtigkeit und sind ein weiteres Beispiel dafür, dass eine durch Spardruck geprägte Perspektive in der Gesundheitsversorgung zu gesellschaftlich untragbaren Entscheidungen führt.

Durch den Beschluss der UPD verlieren einerseits Fachpersonen der Sozialen Arbeit ihre Stelle und andererseits wird vermeidbares Leid bei den Betroffenen in Kauf genommen. «Dass Leistungen der Sozialen Arbeit gestrichen werden, zeigt, wie wenig sozialepidemiologisches Wissen in Entscheidungen im Gesundheitswesen einfließt. Das ist fatal, denn der Kanton schneidet sich damit ins eigene Fleisch», sagt Tom Friedli, Co-Präsident von SAGES. Entgegen der UPD-Kommunikation ist der Einbezug der sozialen Dimension einer psychischen Erkrankung kein «ergänzendes Angebot», sondern ein zentraler Pfeiler einer umfassenden Gesundheitsversorgung. Es ist längst erwiesen, dass die soziale Integration von Menschen mit psychischen Problemen der entscheidende Faktor für eine Stabilisierung und Verbesserung ihrer Situation darstellt. «Wenn neben der bio-psychischen auch die soziale Dimension einer Erkrankung in eine Therapie einfließt, wird die soziale Integration und das Wiedererlangen einer selbstbestimmten Lebensführung nachweislich wirkmächtiger und nachhaltiger gefördert», sagt Annina Grob, Co-Geschäftsleiterin von AvenirSocial.

Die jüngst von einem breiten Konsortium, dem auch SAGES und AvenirSocial angehören, veröffentlichten Empfehlungen zur Sozialen Arbeit in der Suchthilfe und -prävention machen deutlich, dass die Soziale Arbeit einen fundamentalen Beitrag in der Verhinderung, Bekämpfung und Linderung von gesundheitsbezogenen Herausforderungen leistet. «Mit dem jüngsten Beschluss wird der stetige Abbau der Angebote der Sozialpsychiatrie weiter vorangetrieben und läuft der langfristigen Versorgungsstrategie entgegen. Wir appellieren an die UPD sowie an den Kanton Bern, den Beschluss rückgängig zu machen und keine Politik auf dem Rücken der Betroffenen zu machen», schlussfolgert Daniel Kappeler, Co-Präsident von AvenirSocial. Der Kanton muss – auch aus Eigeninteresse – ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um Angebote, die auch die soziale Dimension von Gesundheit und Krankheit miteinschliessen, zu finanzieren, ansonsten sind gesellschaftliche Mehrkosten vorprogrammiert. Die Interventionen der gesundheitsbezogenen Sozialen Arbeit müssen endlich als das anerkannt werden, was sie sind: keine Ausgaben, sondern Investitionen in die Gesundheit und das Wohlergehen der Bevölkerung. Die beiden Verbände fordern die UPD sowie den Kanton überdies dazu ein, einen runden Tisch zur Thematik einzuberufen.